



Juristischer Workshop der Rechtssektion des Innenministeriums: LKA-Leiter Rudolf Keplinger, Sektionschef Mathias Vogl.

SPG und/oder StPO?

Dr. Rudolf Keplinger, Leiter des LKA Oberösterreich, referierte bei einem juristischen Workshop der Rechtssektion am 29. Juni 2006 über die Frage der Abgrenzung des SPG von der StPO beim polizeilichen Handeln.

Die Abgrenzungsfrage gibt es bereits seit Aufkommen des Sicherheitspolizeigesetzes, obwohl es dazu eigentlich keinen Anlass gibt“, sagte Keplinger und zeigte anhand von drei Theorien auf, in welcher Form eine Abgrenzung des Sicherheitspolizeigesetzes (SPG) zur Strafprozessordnung (StPO) dargestellt werden könne.

Eine erste – und vor allem früher vorwiegend vertretene – Ansicht geht von einer zeitlichen Anwendung des SPG vor der StPO aus, also von einem strikten Nacheinander der beiden Anwendungsbereiche.

Als zweite Möglichkeit einer Abgrenzung kann zu Beginn der Amtshandlung von einer stärkeren Einbindung des SPG und gleich-

zeitig schwächeren Einbindung der StPO ausgegangen werden, wobei sich dieses Verhältnis bis zum Ende der Amtshandlung umkehrt. Bei der dritten Variante stehen SPG und StPO gleichrangig nebeneinander.

Dieser Variante schließt sich Keplinger an. Einen Grund für eine Abgrenzung sieht der Jurist nicht. Anhand eines Beispiels zeigte er, welche Materien bei einer Fahrzeugkontrolle durch die Polizei gleichzeitig zum Tragen kommen: Einerseits wird bei einer Fahrzeugkontrolle das KFG (Kontrolle des Fahrzeugzustandes), die StVO (Überprüfung einer allfälligen Alkoholisierung) und das FSG (Führerscheinkontrolle) nebeneinander vollzogen, ohne dass der Polizist über eine Abgren-

zung dieser Gesetze untereinander nachdenken würde.

Die „Sicherheitspolizei“ ziele ab auf die „Abwehr von allgemeinen Gefahren“ ab, also solchen, die nicht typischerweise mit einer bestimmten Materie verbunden sind, erläuterte Keplinger. Nicht vom SPG umfasst sei beispielsweise der „unbefugte Waffenbesitz“. Dieser sei nach einem Materienengesetz, dem Waffengesetz, zu beurteilen. „Im Kern ergeben sich insbesondere aus den StGB-Delikten jene Gefahren, die nach dem SPG zu bekämpfen sind.“

Strafprozessordnung.

Die „Strafprozessordnung“ beinhalte das Tätigwerden im Dienste der Strafjustiz und verfolge die Aufklärung von gerichtlich strafbaren Handlungen. Im Mittelpunkt

der StPO stehe die Straftat. Während die StPO also primär die Durchsetzung des staatlichen Strafanpruchs nach einer Straftat zum Inhalt hat, habe die Sicherheitspolizei den „gefährlichen Angriff“ bzw. die „allgemeine Gefahr“ als Kernbegriff und verfolge die Gefahrenabwehr. „Das sind zwei völlig verschiedene Ansatzpunkte“, erläuterte Keplinger.

Klare Trennung nicht möglich. Dass eine Abgrenzung des SPG von der StPO nicht notwendig sei, untermauerte der Jurist mit dem Argument, dass eine klare Trennung bei einzelnen Tatbeständen des StGB gar nicht erst möglich sei. Beispielsweise ist „Mord“ sowohl ein gefährlicher Angriff als auch eine Straftat, womit sowohl das SPG als auch die StPO relevant seien. Dagegen könne ein Diebstahl durch ein Kind nicht der StPO zugeordnet werden, weil es strafunmündig ist, es könne aber einen gefährlichen Angriff begehen. Umgekehrt ist die „fahrlässige Körperverletzung“ nur der StPO zuzuordnen, weil es sich zwar um eine Straftat handle, nicht jedoch um einen gefährlichen Angriff.

Wenn schon die Zwecke der beiden Rechtsregime keine Abgrenzung vorschreiben, stellt sich nach Keplinger nur mehr die Frage, ob die Abgrenzung des SPG zur StPO im Gesetz festgeschrieben ist. Dabei verwies Keplinger auf § 22 Abs. 3 SPG („Vorbeugender Schutz von Rechtsgütern“). Der zweite Satz dieser Bestimmung normiere, „sobald ein bestimmter Mensch der strafbaren Handlung verdächtig ist, gelten ausschließlich die Bestimmungen der StPO“. Weil der Gesetzgeber diese Abgrenzung erst „nach einem ge-

fährlichen Angriff“ vorsieht, ist für Keplinger kein Grund gegeben, auch bei anderen Aufgaben des SPG eine Abgrenzung vorzunehmen. Die StPO stehe daher dann im Vordergrund, wenn es um die Beweissicherung bzw. um die Aufklärung einer Straftat gehe.

Suche nach der Tatwaffe.

Wird beispielsweise jemand mit einem Messer erstochen und die Polizei kommt hinzu, wird die Tatwaffe aus zwei Gründen gesucht – einerseits um einen etwaigen Angriff gegen die Polizei selbst abzuwehren, andererseits für Zwecke der Beweissicherung.

In diesem Fall hat eine Handlung zwei Rechtsgrundlagen. Nach StPO „alt“ und SPG ist ein Einspruch beim UVS (Maßnahmebeschwerde) einzubringen, nach der ab 2008 geltenden StPO „neu“ dagegen beim Strafgericht selbst (Eingriff in ein subjektives Recht).

Anhand eines Kurzvideos über einen Cobra-Einsatz, bei dem es galt, einen gefährlichen Angriff auf Passanten abzuwehren, spielte Keplinger die Amtshandlung durch – beginnend vom Anruf bei der Polizei, über das Betreten der Einsatzkräfte der Wohnanlage,

wo sich der Täter aufhielt, über die Wegnahme der Waffe, das Anlegen der Handfesseln bis hin zum Abführen. Bei der Beurteilung kam Keplinger zum Schluss, dass sich auch hier eine Abgrenzung erübrige; eine Orientierung müsse lediglich durch das Gesetz selbst erfolgen. „Das SPG ist dann anzuwenden, wenn es nach dem Gesetz anzuwenden ist und ebenso gilt dies für die StPO“, betonte Keplinger.

Doppelfunktionalität. Dr. Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion im Innenministerium, erörterte in der Diskussion den Begriff der „Doppelfunktionalität“. Bei jedem Lebenssachverhalt könnten beide Gesetze zum Tragen kommen. Daher müsse immer genau überlegt werden, welcher Grund für eine Amtshandlung im Protokoll niedergeschrieben wird.

Handelte es sich bei dem Einsatz um die Abwehr eines gefährlichen Angriffs oder um die Beweissicherung? „Genau diese Tatsache und die daran anknüpfende unterschiedliche Zuständigkeit sind nämlich Anknüpfungspunkte für Beschwerden“, erklärte Sektionschef Vogl.

Christina Fichtinger

ZUR PERSON



Dr. Rudolf Keplinger trat 1983 als Sicherheitswachbeam-

ter in die Bundespolizeidirektion Linz ein und studierte neben seinem Beruf ab 1986 Rechtswissenschaften in Linz (1991 Dr. jur.). Von 1991 bis 1994 war er Referent im Straf-

amt und in der Kriminalpolizeilichen Abteilung der BPD Linz, danach war er im Rechtsbüro tätig und zugleich stellvertretender Leiter der Präsidialabteilung. Seit 1. Juli 2005 ist er Leiter des Landes kriminalamts Oberösterreich. Dr. Rudolf Keplinger verfasste zahlreiche Beiträge und andere Werke zu Rechtsthemen, unter anderem einen Kommentar zum Sicherheitspolizeigesetz.



DR. HANS ZAK

ÖFFENTLICHER NOTAR

2483 EBREICHS DORF, HAUPTPLATZ 10

TEL. 02254 - 722 88, FAX 02254 - 72288-4

E-MAIL hans.zak@notar.at

RECHTSANWALT

DR. OLIVER FELFERNIG

1010 WIEN
STUBENRING 2

TEL. (01) 402 96 98
FAX (01) 402 96 98/96

anwalt.felfernig@aon.at

DR. ANDREAS NATTERER

Rechtsanwalt

- LEBENSMITTELRECHT •
- ARZNEIMITTELRECHT •
- IMMATERIALGÜTERRECHT •

A-1014 Wien
Tuchlauben 13 (Eingang Kleeblattgasse 4)
Tel: (+43 1) 534 37-151
Fax: (+43 1) 534 37-6151
E-Mail: a.natterer@schoenherr.at